

## STELLUNGNAHME

### zum Haushalt 2013 der Stadt Schwerin

Darf sich der Behindertenbeirat (BBR) zur Politik in der Stadt, zu politischen Entscheidungen und zu politischen Auseinandersetzungen äußern?

Ja, er darf. ----- Er muß es sogar tun.

Und da ist es doch kein Kriterium, behindert oder nicht behindert zu sein. Warum? Er ist die POLITISCHE Vertretung der Menschen mit einer Behinderung unserer Stadt.

Und in Schwerin leben bekanntlich mehr als 20000 behinderte Menschen.

Das große Ziel, die INKLUSION, verpflichtet uns geradezu zur Stellungnahme, denn es leben doch ausschließlich Bürger in unserer Stadt und da ist es doch kein Kriterium, behindert oder nicht behindert zu sein.

Unsere Stadtverwaltung handelt im Namen aller und die Fraktionen in der Stadtvertretung sollten das auch tun und sich daran erinnern, was sie im Wahlkampf zum Erhalt der Wählerstimmen alles versprochen haben.

Seit Jahren bestätigt die Kommunalaufsicht, also der Innenminister, die eingereichten Haushalte nicht. ---Es werde zuviel ausgegeben und zu wenig gespart. 2012 gab es einen bestätigten Haushalt im Dezember. Wohl gemerkt, im Dezember desselben Jahres. Das ist doch eine tragische Lachnummer. --- Aber sie ist wahr.

Nun hat die Stadtvertretung die Oberbürgermeisterin beauftragt, einen Haushalt vorzulegen mit einem Einsparvolumen von 10 Mio. Euro.

So weit, so gut. Oder auch nicht.

Die **Streichliste** liegt nun seit einiger Zeit vor und folgerichtig geht jetzt das große Geschrei los. Ein „Hauen und Stechen“ hat begonnen. Die eine Fraktion will dieses behalten und die andere läßt auf keinen Fall die Axt an den Baum anlegen, für den sie meint, eintreten zu müssen. Der Unmut unter den Bürgern ist groß und oft auch das Unverständnis über die Unkenntnisse einiger sich öffentlich äußernder Stadtvertreter.

Kann sich die Politik nicht vorher hinsetzen und gemeinsam mit der Verwaltung festlegen, was auf keinen Fall gestrichen werden darf und was in jedem Fall zu erhalten ist ?

NEIN, das geht nicht. Das wäre zuviel Vernunft. Das wäre ja dann DEMOKRATIE pur.

----- „Laßt die Verwaltung mal machen und dann hauen wir es ihr anschließend um die Ohren.“

Der BBR hat eine ganz klare Meinung zu allen Dingen, die auf der Streichliste stehen und zu den meisten außerhalb dieser Liste gemachten Äußerungen.

- Geld für Kinder und Bildung zu kürzen ist schon fast sträflich.

Wir denken u.a. auch an integrative Kindereinrichtungen, an Frühförderung und Schulen, an Kultur und Sportstätten u.v.m.

- Schulen der musischen Bildung und Erziehung darf man nicht mit Geldentzug „strafen“.

- Ebenso soziale- und Behindertenvereine, -verbände und -einrichtungen.

Was wäre unsere Stadt ohne sie?

Die Würdigung des Ehrenamtes in diesen freien Trägern der Sozial- und Behindertenarbeit ist so ganz gewiß nicht gewollt.

- Streichung von Mitteln für Straßeninstandsetzungen können uns ganz direkt treffen. Man denke an das Überqueren von Straßen an Ampeln und auch außerhalb dieser, wenn es dabei durch Schlaglöcher geht.

Für Blinde und Sehbehinderte, Rollstuhl- oder Rollatorfahrer, Mütter mit Kinderwagen, Senioren ein zur Katastrophe führendes Hindernis.

Die Summe von 80000 Euro steht diesbezüglich zur Disposition. --- Das können wir doch nicht wollen.

- Ein Stadtvertreter stellte die Investition für die „Stadionbrücke“ in Frage. Ein anderer die für den Berliner Platz. Darüber können wir Bürger sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein. Warum fällt aber diesen Stadtvertretern das erst jetzt ein? Weil es so gut in die Diskussionslandschaft paßt? Darüber gibt es doch Beschlüsse der Stadtvertreterversammlung. Und da gilt das demokratische Mehrheitsprinzip. Jetzt zu meckern ist unredlich und macht auch keinen guten Eindruck. Ein Stadtvertreter sollte schon wissen, wie es sich bei der Ausgabe von Geld als Investition verhält.

Granitbordsteine als tolle Einsparmöglichkeit zu deklarieren? ---- Na, ja.

Gut, daß die Zeit der Vorschläge nicht ewig dauert, sonst würde gar nichts mehr eingespart werden können, oder aber mehr als notwendig.

- Den „Speicher“ aber und das Schleswig-Holstein-Haus als Einsparpotential privatisieren zu wollen läßt das Schwächeln der Politik in unserer Stadt erkennen.

Andere Privatisierungsinvestoren – und die Beispiele sind bekannt – sind auch schon „gegen die Wand gefahren.“ Denken und Nachdenken sind gefragt. Wissen schadet auch nicht. Manchmal ist auch nachfragen ein gangbarer Weg.

Macht nicht kaputt, was gut funktioniert. Das Theater zu privatisieren ist wohl noch ein zu heißes Thema. Da traut Ihr Euch wohl jetzt noch nicht 'ran.

Es ist eine schwierige Zeit und sie hat ja nicht erst jetzt begonnen. Geld in den Kommunen ist schon lange knapp und selbst unsinnige Ausgaben gab es auch schon vor 2013.

Aber wenn ein **Bürgerbündnis** fragen muß: „**Wem gehört die Stadt?**“, dann sind wir an einer Entscheidungsgrenze angekommen und die Antwort kann nur lauten: „**DEN MENSCHEN NICHT DER POLITIK.**“

*Geht sehr sorgfältig um mit dem, was wir haben und das ist vordergründig nicht das Geld.*



Manfred Rehmer  
Vorsitzender.